

Mitteilungen

FOLGE 249
DEZEMBER 2021

SICHTBAR MACHEN

Die Opferdaten des DÖW und die Shoah-Namensmauern-Gedenkstätte

Wolfgang Schellenbacher

Am 9. November 2021 fand die feierliche Einweihung der „Gedenkstätte für die in der Shoah ermordeten jüdischen Kinder, Frauen und Männer aus Österreich“ im Ostarrichipark in Wien statt. Auf Steinmauern sind die Nachnamen, Vornamen und Geburtsjahre der in der Shoah ermordeten österreichischen Jüdinnen und Juden eingraviert. Die Shoah-Namensmauern-Gedenkstätte erinnert dadurch an das Schicksal der mehr als 66.000 Opfer der Shoah aus Österreich.

Grundlage für die Gedenkstätte bildeten die Namen aus den Opferdatenbanken des DÖW, die in den letzten drei Jahrzehnten durch akribische Recherchen erfasst wurden. Dadurch scheinen fast 64.500 Namen auf den Steintafeln im Ostarrichipark auf.

Um sicherzustellen, dass möglichst alle Opfernamen auf diesem Monument Berücksichtigung finden, bat das DÖW 2020 Angehörige und Nachkommen, die Online-Opferdatenbank zu überprüfen und gegebenenfalls Ergänzungen oder Änderungen zu übermitteln. Diese Bitte stieß auf enorme Resonanz: Insbesondere die Verbreitung des Aufrufs via Social Media und in diversen jüdischen Gemeindezeitschriften in Großbritannien, den USA, Israel und Australien führte zu mehreren Wellen der Korrespondenz. Durch diesen Austausch wurden über 2000 Opferschicksale erneut recherchiert, überprüft und mehrere Hundert eingebrachte Ergänzungen und Änderungen für die Shoah-Namensmauern-Gedenkstätte berücksichtigt.

Zusätzlich folgte auf die Vor- und Nachbichterstattung zur Einweihung der Shoah-Namensmauern in österreichischen und internationalen Medien im Herbst 2021 erneut eine große Anzahl an Anfragen, die auch zur Aufnahme von weiteren österreichischen Shoah-Opfern führte. Diese werden künftig auf zusätzlichen Steintafeln ergänzt, um durch einen kontinuierlich aktualisierten Forschungsstand die Gedenkstätte zu einem nachhaltigen Ort der Erinnerung zu machen.

Im Zuge dieser Korrespondenz mit Überlebenden und Nachkommen von österreichischen Shoah-Opfern wurden auch zahlreiche persönliche Dokumente, Briefe und Fotos der ermordeten ÖsterreicherInnen an das DÖW übermittelt.

Das Foto des Ehepaars Itzig und Cirl Bergmann ist ein Beispiel für diese vielen



Blick auf eine der Shoah-Namensmauern im Ostarrichipark

Materialien, die auch zu einer „kompletteren“ Lebensgeschichte der Opfer beitragen: Der abgebildete Itzig Mendl (Ignaz) Bergmann wurde 1886 außerhalb Stanislau (Iwano-Frankiwsk) geboren und arbeitete in der Zwischenkriegszeit als Bundesbahnbeamter in Wien. Er lebte mit seiner 1891 in Boleschow geborenen Frau Cirl in Wien-Leopoldstadt. 1918 wurde ihr Sohn Leo geboren, 1923 folgte die Geburt des Sohnes Jacques. Nach dem „Anschluss“ konnte der bereits erwachsene Sohn Leo mit Hilfe eines Onkels in die USA emigrieren. Der 15-jährige Sohn Jacques gelangte mit einem Kindertransport in die Niederlande. Am 9. Juni 1942 wurden Itzig und Cirl Bergmann von Wien nach Maly Trostinec deportiert, wo sie unmittelbar nach der Ankunft am 15. Juni 1942 ermordet wurden. Ihr Sohn Jacques wurde 1944 von Westerbork nach Auschwitz deportiert. Er überlebte acht Konzentrationslager und wurde in Bergen-Belsen befreit.

Das mittlerweile in der Online-Datenbank zugängliche Foto ist auch Ausdruck des jahrzehntelangen Anliegens des DÖW, die Opfer dem Vergessen zu entreißen und diese mit möglichst vielen Dokumenten und Bildern in der Opferdatenbank des DÖW sowie im Online-Tool MEMENTO WIEN sichtbar zu machen.

Die Initiative zur Erfassung der österreichischen Opfer der Shoah ging bereits Ende der 1980er-Jahre vom damaligen Leiter der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem, Yitzhak Arad, aus. 1992 wurde



Itzig und Cirl Bergmann | Foto: Privatbesitz

das DÖW mit einer ersten Vorstudie durch das Wissenschaftsministerium beauftragt, die zur namentlichen Erfassung der österreichischen Holocaustopfer führte.

Ausgangsbasis für die Forschungsarbeiten zur Erstellung der Opfer-Datenbanken des DÖW bildete in den Anfangsjahren die Auswertung verschiedener Versionen der Deportationslisten aus Wien. Diese wurden durch die sogenannte JOINT-Kartei, mittels der nach 1945 jüdische Opfer er-

fasst worden waren, ergänzt und mit den im *Völkischen Beobachter* unter dem Titel „Einziehungserkenntnis, gemäß § 1 der Verordnung über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens im Lande Österreich“ publizierten Namenslisten abgeglichen. Im Laufe der Jahrzehnte wurden diese Grunddaten durch Dutzende weitere Quellenbestände aus Österreich ergänzt.

Tausende österreichische Jüdinnen und Juden, die nach dem „Anschluss“ Österreichs an NS-Deutschland angesichts der beginnenden Entrechtung und Enteignung ins europäische Ausland geflohen waren, befanden sich nach den anfänglichen Erfolgen der Deutschen Wehrmacht bald erneut im Machtbereich des Deutschen Reiches oder seiner Verbündeten. Sie wurden von dort aus in die Ghettos, Konzentrations- und Vernichtungslager deportiert. Um auch die Namen dieser österreichischen Opfer identifizieren zu können, wurden publizierte Opferbücher aus diesen Ländern bearbeitet und Datenabgleiche mit internationalen Partnerinstitutionen durchgeführt. Zusätzlich wurden Nachkriegsquellen wie Opferfürsorgeanträge oder Suchlisten herangezogen. Die Arbeiten zeigten aber auch die Lücken der Forschung auf: Dokumente zu aus Ungarn oder Südosteuropa deportierten ÖsterreicherInnen sind bis heute nicht im gleichen Ausmaß wie zu Mittel- und Westeuropa bekannt.

Insgesamt wurden so Dutzende größere Datenbanken erstellt und deren Informationen verknüpft. Zusätzlich suchte das DÖW immer wieder Kontakt zu Überlebenden und Angehörigen von Shoah-Opfern. Bereits Mitte der 1990er-Jahre folgten viele einem Aufruf des DÖW und übermittelten Fragebögen samt Dokumenten und Briefen zu 1840 ermordeten österreichischen Juden und Jüdinnen.

Erst diese Arbeiten, die maßgeblich durch den 2021 verstorbenen Historiker Gerhard Ungar durchgeführt wurden, ermöglichten die Veröffentlichung der Namen und Schicksale der ermordeten österreichischen Jüdinnen und Juden. 2001 wurden etwa 62.000 Namen und Daten jener österreichischen Shoah-Opfer, die bis zu diesem Zeitpunkt recherchiert werden konnten, auf einer CD-Rom veröffentlicht. Später wurden die Namen auch über eine



Shoah-Namensmauern-Gedenkstätte

Online-Datenbank zugänglich gemacht, die seither ständig erweitert wurde. Bis Herbst 2021 war es dem DÖW möglich, die Schicksale und die Lebensdaten von mehr als 64.500 österreichischen Jüdinnen und Juden zu eruieren, die der Shoah zum Opfer fielen.

Die Aufnahmekriterien, die diesen Forschungen zugrunde lagen, wurden nun auch für die Shoah-Namensmauern-Gedenkstätte übernommen:

Aufgenommen wurden Personen, die in der Shoah ermordet wurden und entweder vor 1938 die österreichische Staatsbürgerschaft besaßen, auf dem Gebiet des heutigen Österreich geboren wurden oder dort heimatberechtigt waren, sowie Personen, die über die Dauer von zehn Jahren in Österreich wohnhaft waren.

Jüdinnen und Juden, die während der NS-Herrschaft in Österreich eines natürlichen Todes starben, werden nicht auf den Shoah-Namensmauern genannt. Die Namen jener ÖsterreicherInnen, die angesichts der Entrechtung, Beraubung und Verfolgung zwischen 1938 und 1945 im Machtbereich des Deutschen Reiches und seiner Verbündeten Suizid begingen, scheinen in den Datenbanken des DÖW und damit auch auf den Shoah-Namensmauern auf. Andererseits werden die Namen von Personen, die im Exil in anderen Teilen der Welt Suizid begingen, ebenso nicht angeführt wie die Namen von Personen, die nach dem Mai 1945 an den Folgen der Haft starben.

Die Korrespondenz mit Überlebenden und Angehörigen von Opfern der Shoah, die im Zuge der Recherchen für die Shoah-Namensmauern geführt wurde, weist auch auf die Schwierigkeiten bei der namentlichen Erfassung von Opfern hin: Alle vom DÖW gesammelten Informationen, die in der Online-Datenbank – und damit nun auch in der Shoah-Namensmauern-Gedenkstätte – aufscheinen, beruhen auf Angaben in offiziellen Dokumenten. Oftmals weichen diese Informationen jedoch von den familiengeschichtlichen Erinnerungen oder der Schreibweise der Familiennamen der Nachkommen ab. Einerseits beinhalten NS-Dokumente wie die Transportlisten immer wieder inkorrekte Namensschreibweisen oder

Geburtsdaten. Andererseits bietet die zunehmende Online-Verfügbarkeit von Archivdokumenten, die auch durch das gestiegene Interesse an Familienforschung beschleunigt wird, zwar neue Möglichkeiten zur Überprüfung und Zusammenführung von Daten; sie führt aber auch zu einer Reihe unterschiedlicher Angaben von Daten und Namensschreibweisen. Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts wichen auch in offiziellen Dokumenten Namensschreibweisen immer wieder voneinander ab. Zusätzlich kam es in Dokumenten aus den Staaten, die aus der Habsburgermonarchie hervorgegangen waren, zu unterschiedlichen Schreibweisen. Während sich das DÖW auf die letztgültige Schreibweise in den Dokumenten bezieht, kann diese Version von der in Familien überlieferten Namensform abweichen.

Viele Angehörige und ForscherInnen wandten sich an das DÖW, da sie Shoah-Opfer in der Datenbank nicht unter der Adresse fanden, in der sie vor dem „Anschluss“ Österreichs an NS-Deutschland gelebt hatten. Die Datenbank des DÖW zeigt jeweils die letzte bekannte Wohnadresse vor der Deportation an. Angesichts der massiven Umsiedlungspolitik in Wien und der „Ghettoisierung“ der jüdischen Bevölkerung entlang des Donaukanals, die ab 1939 einsetzte, weichen die letzten Wohnadressen oftmals von den Adressen vor 1938 und dem Lebensmittelpunkt der Familien zu dieser Zeit ab. Dies war auch beim Ehepaar Eisner der Fall. Der 1879 in Wien geborene Kaufmann Ludwig Eisner lebte mit seiner um

zehn Jahre jüngeren Ehefrau Bertha und der 1923 geborenen Tochter Juliane in der Paracelsusgasse 8 in Wien-Landstraße. Im Frühsommer 1938 füllte die Familie einen „Auswanderungsfragebogen“ der Israelitischen Kultusgemeinde Wien aus, in der Hoffnung, dadurch ihre Flucht aus Österreich zu ermöglichen. Dies gelang jedoch nur noch der 15-jährigen Tochter Juliane. Bertha und Ludwig Eisner wurden am 26. Jänner 1942 von Wien nach Riga deportiert. Beide kamen im Holocaust um. Erst der Kontakt mit dem in Großbritannien lebenden Enkelsohn und dessen Weitergabe von Fotos an das DÖW macht die Lebensgeschichte von Bertha und Ludwig Eisner, die nun auch auf einer der Shoah-Namensmauern aufscheinen, sichtbar. Diese Übermittlung persönlicher Dokumente im Zuge der Korrespondenz mit Angehörigen österreichischer Shoahopfer verdeutlicht sowohl die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Arbeit an den Opferdatenbanken des DÖW als auch eines weiteren Austauschs mit den Nachkommen.

Mehr zum Thema: Brigitte Bailer, Gerhard Ungar, Die namentliche Erfassung der österreichischen Holocaustopfer, in: DÖW (Hg.), Opferschicksale. Widerstand und Verfolgung im Nationalsozialismus. 50 Jahre Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (= Jahrbuch 2013), Wien 2013, S. 63–73.



Bertha und Ludwig Eisler | Foto: Privatbesitz



Ferdinand Berger-Preis 2021 an Hans Rauscher

Der Journalist Hans Rauscher wurde mit dem diesjährigen Ferdinand Berger-Preis des DÖW ausgezeichnet. Der Preis wurde am 21. Oktober 2021 im Wiener Rathaus übergeben.

Bundespräsident a. D. Heinz Fischer würdigt in seiner Laudatio die Verdienste Rauschers im Einsatz für eine liberale Demokratie und gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus: „In Zeiten wie diesen ist die Arbeit von Journalisten wie Hans Rauscher für die politische Hygiene in Österreich enorm wichtig und zwar unabhängig von der Arbeit, die Justiz und Rechtsstaat leisten müssen.“

In der Dankesrede geht Hans Rauscher auf seinen „politischen Kompass“ ein und stellt Fragen nach dem Ausmaß von Rechtsextremismus, Rassismus und demokratiegefährdendem Verhalten in Österreich sowie nach Wirkung und Aufgaben eines kritischen Journalismus.

Laudatio von Altbundespräsident Heinz Fischer

Wenn ein Preis gestiftet wird und in weiterer Folge an einen dieses Preises würdigen Preisträger verliehen wird, dann sind beide Seiten von Interesse: Sowohl die Person, nach der der Preis benannt ist, als auch die Person, die diesen Preis erhält. Im konkreten Fall – heute – also Ferdinand Berger und Hans Rauscher.

Über Ferdinand Berger findet sich in meinem *Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer*, in dem die Biografien von circa 1400 österreichischen Spanienkämpfern enthalten sind, folgender Eintrag:

„Berger Ferdinand, geboren am 27. November 1917 in Graz. Automechaniker. 1933–1936 Haftstrafen wegen politischer Betätigung. Im Dezember 1937 aus Österreich nach Spanien. 14. Flakbatterie. 1939 St. Cyprien und Gurs. Im Mai 1940 in Vannes verhaftet. Februar 1941 bis Juli 1944 Dachau. Anschließend bis 1945 Flossenbürg. Nach der Befreiung Wiens Studium

der Rechtswissenschaften, höherer Polizeidienst. Obmann der Lagergemeinschaft Dachau. Gestorben am 25. April 2004 in Wien.“

Eine eindrucksvolle Biografie. Ein Leben, das mit allen Konsequenzen dem Kampf gegen den Faschismus gewidmet war.

Wir wissen außerdem: Vor dem Krieg Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, nach dem Krieg zunächst Mitglied der KPÖ, nach der Niederschlagung der ungarischen Revolution von 1956 aus der KPÖ ausgetreten.

Der Ferdinand Berger-Preis soll also die Erinnerung an einen Mann wachhalten, der nicht nur in Wort und Schrift, sondern mit der Waffe in der Hand und unter Einsatz seines Lebens und der Erduldung aller Qualen in einem Konzentrationslager gegen die Diktatur und insbesondere gegen Franco und Hitler gekämpft und dafür einen hohen Preis gezahlt hat.

Und es sollen Menschen geehrt werden, die den Kampf gegen Faschismus und Rechtsextremismus auch heute noch – oder vielleicht schon wieder – mit Über-

zeugung, Idealismus und Klugheit führen und aus der Geschichte gelernt haben.

Die Jury für den Ferdinand Berger-Preis hat entschieden, den Preis für 2021 an den freien Publizisten und Autor Hans Rauscher zu verleihen. Ich freue mich über diese Entscheidung und begrüße sie!

Ich kenne Hans Rauscher seit etwa 50 Jahren, also seit jener Zeit, die man die Kreisky-Jahre nennt, schätze seine Arbeit und möchte ihn als würdigen Preisträger vorstellen.

Er ist 1944, also im vorletzten Kriegsjahr, in Wien geboren, besuchte – so wie ich – ein humanistisches Gymnasium, schätzt die antiken Klassiker und ist ein unabhängiger, mutiger, verantwortungsvoller Denker und Schreiber. Er hatte auch einen mutigen Geschichtsprofessor, der sich gegen den Nationalsozialismus aktiv zur Wehr setzte und das mit der Verschleppung nach Dachau und Mauthausen büßen musste. Durch ihn lernte Hans Rauscher viel über das Wesen des Nationalsozialismus und über die tiefe Verstrickung vieler Österreicherinnen und Österreicher in diese menschenverachtende Ideologie,



Verleihung des Ferdinand Berger-Preises, Wiener Rathaus, 21. 10. 2021

V. l. n. r.:
Bundespräsident a. D. Heinz Fischer, René Berger, Hans Rauscher, Gerhard Baumgartner, Ernst Berger. | Foto: Robert Newald

deren Akzeptanz und Verbreitung in Österreich – siehe z. B. den Heldenplatz im März 1938 – nach 1945 auf Basis der sogenannten Opfertheorie relativiert und teilweise verharmlost wurde.

Dabei ist ja die Drohung Hitlers mit einer militärischen Aggression gegen Österreich im März 1938 eine Tatsache. Österreich war – so gesehen – tatsächlich ein Opfer. Aber ebenso eine Tatsache ist, dass diese militärische Aggression Hitlers von beschämend großen Teilen der österreichischen Bevölkerung begrüßt und bejubelt wurde. Dass es rund 700.000 NSDAP-Parteimitglieder in Österreich gab und dass unter den exponiertesten Tätern der Hitler-Maschinerie ein beschämend großer Prozentsatz von Österreichern war.

Zurück zu Hans Rauscher: Karl Kraus, Josef Roths *Radetzky*, Alfred Polgar, H. C. Artmann, Elfriede Jelineks *Klavierspielerin* und nicht zu vergessen der *Herr Karl*, waren für ihn Impulsgeber und Leitfiguren, die zu seinem Geschichts- und Gesellschaftsbild wichtige Beiträge leisteten.

Rauscher studierte Publizistik an der Universität Wien und begann schon sehr früh als Journalist zu arbeiten. Zunächst für Oscar Bronner im *Trend* und im *Profil*, dann mehr als zwei Jahrzehnte beim *Kurier*, wo Hugo Portisch zu seinen Lehrern und Vorbildern zählte; und seit seinem Wechsel zum *Standard* ist er dort ständiger Kolumnist. Er schreibt das sogenannte Einserkastl, also die Glosse auf Seite 1 unter dem Kürzel „RAU“, die ich sehr oft mit Vergnügen lese, aber auch längere Kolumnen, Essays und Reportagen.

Rauscher betrachtet sich selbst als Liberalen, vielleicht sogar als bürgerlichen Liberalen, obwohl das Prädikat bürgerlich inzwischen viel von seiner Definitionsmacht eingebüßt hat. Er ist jedenfalls ein Vertreter der sozialen Marktwirtschaft, gesellschaftspolitisch liberal und ein Bewunderer und Anhänger von Karl Popper – was ich gut verstehen kann.

Weniger liberal ist Rauscher, wenn es um rechtsautoritäre Versuchung oder Verblendungen geht, die in Österreich aber starke Wurzeln haben und die in den Jahrzehnten seit dem Innsbrucker FPÖ-Parteitag von 1986 mit Haider, Strache oder Kickl nicht unbeträchtlichen, wenn auch wechselvollen Einfluss auf die österreichische Innenpolitik genommen haben.

Rauscher analysiert die Zeit zwischen 1938 und 1945, aber auch die Entwicklung seit 1945 so, dass das Österreich der Zweiten Republik zwar manches aus der Geschichte gelernt hat, aber gleichzeitig

die Opfertheorie lange Zeit als Lebenslüge zum Überleben gebraucht hat.

Er war und ist der Meinung, dass die Neigung zur Verharmlosung und Verschleiерung von nationalsozialistischen, rechtspopulistischen und rechtsextremen Tendenzen daher eine klare, starke, permanente, wertorientierte und faktenbasierte Gegenposition benötigt, um den Weg in eine demokratische Zukunft nicht zu gefährden.

In einem Essay im *Standard* vom 21. Jänner 2017, also zu Beginn der jüngsten Phase der österreichischen Innenpolitik, schrieb er zum Thema „Vormarsch der illiberalen Demokratie in Europa“ Folgendes: „Die liberale Demokratie ist unter Druck von illiberalen Tendenzen und Bewegungen. Im Wesentlichen ist es der extreme Rechtspopulismus, der eine andere Demokratie haben will.“

Dabei versteht er unter einer liberalen Demokratie das angelsächsisch geprägte Modell, das auf Pluralismus, Öffnung, Rationalität, Toleranz und Interessenausgleich aufgebaut ist und darüber hinaus auf Weltoffenheit und der Überzeugung beruht, dass internationale Zusammenarbeit nicht nur beschworen, sondern auch gelebt werden muss.

Im Lichte der allerjüngsten Vergangenheit wird Hans Rauscher nicht müde, zu den Wesenselementen einer liberalen Demokratie auch noch die Bedeutung eines funktionierenden Rechtsstaates hinzuzufügen. Wenn sich Rechtskonservative mit Rechtspopulisten zusammenschließen, wie das bei der türkisblauen Koalition von 2017 der Fall war, und es kommen noch ein enormer Machtwille, politische Kaltblütigkeit und ein verschworenes Team skrupelloser Berater in strategisch wichtigen Positionen hinzu, dann kann man – wie Rauscher in einer Kolumne geschrieben hat – „sehr viel erreichen“. Und dennoch hat eine solche Regierung – wie Rauscher wörtlich schreibt – „kein Mandat für eine Reise nach Orbánistan“.

Ich möchte persönlich hinzufügen, dass wir derzeit wirklich in einer ganz außergewöhnlichen Phase der österreichischen Politik leben. Vieles, was sich heute vor unser aller Augen abspielt, was wir schwarz auf weiß lesen können, was als Faktum nicht bestritten werden kann, wäre vor wenigen Monaten, ja Wochen noch unvorstellbar gewesen. Was hilft die rechtsstaatlich gebotene Vermutung der Unschuld, wenn unbestreitbar feststeht, dass Sebastian Kurz einer Bundesregierung, der er selbst angehörte, Schaden zufügen wollte und auch zugefügt hat, um seinen Aufstieg zu fördern. Wenn feststeht, mit welchen Mitteln von ihm und seinen Mitarbeitern die

Strategie ins Kanzleramt verfolgt wurde, wenn feststeht, welchen Stil und welchen Inhalt die Aktivitäten der engsten Mitarbeiter des Bundeskanzlers hatten und wie sie sich nicht nur über politische Mitbewerber, sondern auch über Menschen aus den eigenen Reihen schamlos und zynisch geäußert haben.

In Zeiten wie diesen ist die Arbeit von Journalisten wie Hans Rauscher für die politische Hygiene in Österreich enorm wichtig und zwar unabhängig von der Arbeit, die Justiz und Rechtsstaat leisten müssen.

Das Bild von Hans Rauscher wäre aber nicht vollständig, würde man nicht auch auf seine kulturellen Interessen und seine zeitgeschichtlichen Kenntnisse verweisen: Er pflegt Freundschaften mit vielen Intellektuellen und Künstlern in Österreich und ich hoffe und erwarte, dass es von ihm auch in den kommenden Jahren viele kluge und inhaltsreiche Analysen der politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen und Fehlentwicklungen geben wird.

Es war jedenfalls eine gute Entscheidung, die Arbeit von Hans Rauscher zu würdigen. Denn es ist eine Arbeit im Interesse einer offenen Gesellschaft und einer starken pluralistischen Demokratie, die auf Werten und Menschenrechten beruht. Das ist wichtig für Österreich und dafür danke ich Hans Rauscher.

Dankesrede von Hans Rauscher

Vielen Dank, Herr Bundespräsident, Herr Bürgermeister, danke an die Preisstifter Ernst und René Berger, an das Dokumentationsarchiv. Geschätzte Mitglieder der Jury, meine Damen und Herren, liebe Freunde,

wenn man die Geschichte des Ferdinand Berger nachliest – auf der Website des Dokumentationsarchivs ist eine Biografie und ein Zeitzeugeninterview zu finden –, wird man immer wieder von Staunen erfüllt von dem Mut, den diese jungen Leute bewiesen haben, die in den finsternen Dreißiger- und Vierzigerjahren in den Widerstand gegangen sind. Sie haben ihre Freiheit und ihr Leben aufs Spiel gesetzt, um Widerstand zu leisten gegen diktatorische und totalitäre Systeme. So wie Ferdinand Berger, der dafür in die KZ Dachau und Flossenbürg gekommen ist. Der Widerstand – gleichgültig, ob der kommunistische, sozialistische oder der katholische – nötigt uns den größten Respekt ab. Ich darf erwähnen, dass mein Gymnasiallehrer als junger Mann im katholischen Widerstand war und

nach Dachau und Mauthausen gekommen ist.

Niemand von uns weiß, ob er unter diesen Bedingungen auch so gehandelt hätte. Aber wir können diese Männer und Frauen – es waren viele Frauen darunter – ehren, indem wir mit unseren Mitteln in unserer Zeit, unter viel einfacheren Umständen, unseren Beitrag leisten.

So steht es in den Stiftungssatzungen: Der Ferdinand-Berger-Preis wird an jene verliehen, „die durch wissenschaftliche oder publizistische Leistungen oder durch besonderes öffentliches Auftreten einen markanten Beitrag gegen Neofaschismus, Rechtsextremismus, Rassismus oder demokratiegefährdendes Verhalten geleistet haben“.

Ich bin geehrt, dass die Jury der Meinung war, ich hätte einen markanten Beitrag geleistet. Ich versuche das seit Jahrzehnten und ich bin da überhaupt nicht allein, das zeigen die bisherigen Preisträger und ich sehe heute in diesem Saal und in unserem Land überhaupt viele, die das unermüdlich tun.

Wir alle sollten uns aber bei der Gelegenheit dazu ein paar Fragen stellen, die sozusagen unseren publizistischen Kompass betreffen.

Erstens: wie groß ist das Ausmaß von Rechtsextremismus, Rassismus und demokratiegefährdendem Verhalten in diesem Lande immer noch?

Zweitens: haben wir etwas bewirkt?

Und Drittens: was können wir besser machen?

Zur ersten Frage: Gestatten Sie mir, mich kurz auf die Forschungen des renommierten SORA-Instituts zu beziehen, das seit einigen Jahren einen sogenannten Demokratie-Monitor erstellt. Man kann die Ergebnisse des Demokratiemonitors grob so zusammenfassen:

Die grundsätzliche Zustimmung zur Demokratie ist in Österreich beruhigend hoch, sie pendelt in den letzten Jahren knapp unter 90 Prozent. Am anderen Ende gibt es ein paar Prozent mit ausgesprochen antidemokratischen Vorstellungen.

Aber es gibt etwas dazwischen – nämlich relativ viele Mitbürger, die relativ eigenartige Vorstellungen von der Demokratie haben. Wenn man den Leuten nämlich die

Aussage vorlegt: „Es sollte einen starken Führer geben, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss“, dann stimmen seit Jahren so um die 20 Prozent zu.

Zusätzlich hat SORA aber noch erhoben, dass zwischen vier und neun Prozent der Bevölkerung dafür wären, dass die Unabhängigkeit der Gerichte, der Medien, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit und die Oppositionsrechte ruhig eingeschränkt werden könnten – alles, wohlgemerkt, im Rahmen der Demokratie. SORA schließt daraus, dass seit 2018 ein Drittel der Bevölkerung autoritäre Demokratievorstellungen äußert und dass sich das verfestigt hätte.

Irgendwie ist das ziemlich österreichisch – sehr große Zustimmung zur Demokratie, aber ein bisschen was Autoritäres hätten nicht wenige doch gern.

Das nützen manche politischen Kräfte aus – sie versuchen diese latente Neigung zum Autoritären, zum Illiberalen eines nicht unbeträchtlichen Teils der Bevölkerung auf ihre Mühlen zu leiten. Diese Umgestaltung der liberalen Demokratie in eine illiberale, autoritäre haben wir in unserer unmittelbaren Nachbarschaft erlebt und in Ansätzen auch bei uns. Ich glaube, ich muss vor diesem Publikum nicht näher darauf eingehen.

Im aktuellen Fall tut die Institution Justiz ihre Arbeit. Aber dasselbe leistet auch eine kritische, investigative und demokratisch wachsame Publizistik. Kolleginnen und Kollegen in etlichen Medien sind da gerade jetzt am Werken.

Wir müssen freilich realistisch sein. Lange gewachsene, tief verwurzelte Mentalitäten, rassistisches, fremdenfeindliches, auch autoritäres Denken wird man nicht so leicht beseitigen.

Aber wir müssen da sein, wenn das politische, das demokratische System in diese Richtung zu kippen droht. Das ist unser Job. Immer wieder aufzuzeigen, wo die autoritäre Reise hingehen könnte, den Gutgläubigen und den Verharmlosern zu sagen: Vorsicht, hier wird gerade eine Grenze überschritten. Nämlich die Grenze von liberaler Demokratie, Rechtsstaat und Pluralismus zu einem autoritären, meist auch zutiefst korrupten System. Schaut noch einmal hin, wem ihr da gerade euer Vertrauen gegeben habt oder es ihm weiter geben wollt. Überlegt euch, wem ihr da gerade Macht übergebt und wie viel Macht ihr ihm übergebt.

Ich sage aber auch an dieser Stelle an die Politik: Überlegt euch, wie viel Macht und Geld ihr jenen Medien übergeben wollt, die autoritäre Bestrebungen mehr oder weniger unterstützen.

Nicht alle heißen gut oder wollen es auch nur verstehen, was wir da machen. Ich bin oft und oft von Lesern, aber auch von Bekannten gefragt worden: „Was haben Sie denn gegen den und den populären Politiker? Wieso schreiben Sie so kampagnenartig gegen den? Der meint das ja nicht wirklich so. Das ist halt Politik.“ Ich habe dann in diesen Fällen – ich glaube, ich muss die Namen hier nicht extra erwähnen – geantwortet: „Doch, der meint das so. Der oder die haben nichts Gutes mit unserer Demokratie im Sinn.“ Ich gestatte mir die unbescheidene Anmerkung: Die Realität war dann auch danach.

Zweite Selbstbefragung: Waren wir erfolgreich?

Die meisten hier haben den Aufstieg – und den Fall – von politischen Superstars erlebt, die fragwürdige Pläne für den Umbau unserer Demokratie hatten. Diese meist jüngeren Stars haben schon selbst zu ihrem eigenen Fall beigetragen – durch Hybris, durch zu krasses Machtstreben, durch die eigene Hemmungslosigkeit. Aber eine kritische journalistische Öffentlichkeit war da, um von Anfang an darauf hinzuweisen: Da stimmt etwas nicht.

Die Aufgabe einer kritischen Öffentlichkeit – und da beziehe ich auch die sogenannte Zivilgesellschaft mit ein – kann immer nur sein, auf die Maßstäbe hinzuweisen, auf die demokratischen Spielregeln, oft auch nur auf den schlichten politischen und menschlichen Anstand. Viel mehr können wir nicht tun. Aber es funktioniert doch manchmal.

Das ist der Moment, um kurz auf das Medium hinzuweisen, für das ich nun auch schon einige Zeit arbeiten darf. Der *Standard* ist eine Gründung von Oscar Bronner, um ein liberales Qualitätsmedium in einem Land zu etablieren, das es mit der Liberalität und der Qualität nicht so hatte. Wir sind nicht mehr nur ein liberales Nischenmedium, sondern ein Powermedium geworden. In der letzten Mediaanalyse stehen wir nun mit 7,3 Prozent Reichweite auf Platz vier der Tageszeitungen. Im Internetauftritt matchen wir uns mit der *Krone* um den Platz zwei hinter dem ORF. Das ist auch ein Erfolg der Kollegen mit Martin Kotynek an der Spitze.

Aber es bleibt noch die Frage an uns selbst: können wir besser werden in unseren „markanten Beiträgen“ im Kampf gegen demokratieschädliches Verhalten, Rechtsextremismus, Rassismus?

Natürlich können wir das. Ein journalistisches Werkzeug, das jetzt wieder stärker eingesetzt wird, ist der Faktencheck. Die

Neues von ganz rechts
auf der Website des DÖW
www.doew.at

Devise der Demokratieunterwanderer lautet ja *Flood the zone with shit* – verbreitet, vor allem über die sozialen Medien, so viel faktenwidrigen Mist, dass die Menschen ganz blöd werden und nicht mehr wissen, was wahr ist. In seinem Essay *Über Tyrannie. 20 Lektionen des 20. Jahrhunderts* schreibt der Historiker Timothy Snyder unter Lektion 10: „Glaubt an die Wahrheit. Fakten aufzugeben bedeutet Freiheit aufzugeben. Wenn nichts wahr ist, dann kann niemand die Macht kritisieren, denn dann

gibt es keine Basis, von der aus man es tun kann. Wenn nichts wahr ist, dann ist alles Spektakel.“

Der bekannte Kulturwissenschaftler Walter Ötsch hat in seinem lesenswerten Buch *Populismus für Anfänger* (gemeinsam mit Nina Horacek) der Politik den Rat gegeben, sich von den Demagogen nicht vor sich hertreiben zu lassen, sondern selbst die Themenführerschaft zu übernehmen und eigene Inhalte in den Vordergrund zu stellen.

Das kann man auch auf den kritischen Journalismus anwenden. Das heißt nicht, dass man Demagogen, Rechtsextreme, Antidemokraten nicht konfrontieren soll oder darf. Aber wir sollten nicht nur reagieren. Der kritische Journalismus sollte öfter ehrlich die Probleme der Bevölkerung ansprechen, bevor es die Demagogen unehrlich tun.

Ich habe mir vorgenommen, künftig mehr darauf zu achten.

Wolfgang Neugebauer

Viktor Frankl — eine Kontroverse. Anmerkungen zu Timothy Pytells und Alexander Batthyánys Publikationen

Wer Viktor Frankl persönlich erlebt hat, der konnte sich der Wirkung dieser charismatischen Persönlichkeit nicht entziehen. Wie die zehntausenden TeilnehmerInnen der Kundgebung anlässlich des 50. Jahrestages des gewaltsamen „Anschlusses“ Österreichs an Nazi-Deutschland am 10. März 1988 am Wiener Rathausplatz war auch ich von der Ansprache Viktor Frankls zutiefst beeindruckt. Zum einen imponierte die mitreißende Rhetorik, ja Sprachkunst des damals schon 83-Jährigen, zum anderen berührte aber auch der Inhalt seiner Rede, in der er aus einer Position der Versöhnung jeglicher Kollektivschuld eine Absage erteilte. Als Leiter einer von ehemaligen WiderstandskämpferInnen und NS-Opfern aufgebauten Organisation, des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, hatte ich freilich zu manchen Aussagen Frankls, etwa der grob pauschalisierenden Einteilung der Menschen in der NS-Zeit in Anständige und Unanständige („Es gibt eigentlich nur zwei Typen von Menschenrassen und das ist die Rasse der anständigen Menschen und die Rasse der unanständigen Menschen“), eine kritische Einstellung. Nicht zuletzt störte mich damals, 1995, dass Frankl die politisch motivierte Anbiederung des FPÖ-Obmanns Jörg Haider, der von mir als rechtsextrem qualifiziert wurde und mit dem ich in langjähriger publizistischer und gerichtlicher Auseinandersetzung stand, nicht deutlicher und früher zurückwies. Ich betrachte mich daher nicht als Apologet Frankls und auch nicht qualifiziert, als Historiker dessen wissenschaftliche Bedeutung als Begründer der Logotherapie zu beurteilen. Wohl aber hat Viktor Frankl Anspruch auf eine faire und ausgewogene, d. h. sein ganzes Lebenswerk und Schick-

sal berücksichtigende Einschätzung. Daher kann die Art und Weise, wie der US-Historiker Dr. Timothy Pytell in seinen Publikationen den Überlebenden der Shoah Viktor Frankl niedergemacht und dafür mich und das DÖW instrumentalisiert hat, nicht unwidersprochen bleiben.

Im Zuge meiner wissenschaftlichen Arbeiten zu Widerstand und NS-Euthanasie war ich auf die Bemühungen Viktor Frankls gestoßen, in Zusammenarbeit mit Univ.-Prof. Otto Pötzl, dem Vorstand der Psychiatrisch-Neurologischen Universitätsklinik, und der Fürsorgerin der jüdischen Gemeinde in Wien Franziska Löw jüdische PatientInnen, insbesondere Kinder, vor der NS-Euthanasie zu retten. Pötzl überstellte jüdische PatientInnen der Universitätsklinik im Einvernehmen mit Frankl nicht an die Heil- und Pflegeanstalt „Am Steinhof“, wo sämtliche PflegerIngen permanent von NS-Euthanasiemaßnahmen bedroht waren, sondern in die von Frankl geleitete Neurologische Abteilung des Rothschild-Spitals bzw. in das jüdische Altersheim. In einer von mir betreuten Diplomarbeit (Beatrix Steinhart, *Franzi Löw – eine jüdische Fürsorgerin im nationalsozialistischen Wien*, Universität Wien 2012) wurden diese Rettungsaktionen beschrieben. 1993 habe ich im Zuge des DÖW-Oral-History-Projekts *Erzählte Geschichte* gemeinsam mit meiner DÖW-Kollegin Dr. Elisabeth Klamper ein ausführliches Interview mit Viktor Frankl in seiner Wohnung in Wien-Alsergrund, Mariannengasse 1, geführt, in dem er u. a. über die schwierigen Jahre als Arzt im Rothschild-Spital sprach und seine ärztlichen KollegInnen würdigte. Er hatte ein phantastisches Gedächtnis und konnte auf einem vorgelegten Foto aus 1941/42 sämt-

liche abgebildeten Ärzte und Ärztinnen identifizieren.

Umso erstaunter, ja entsetzt war ich, als mir Univ.-Prof. Dr. Alexander Batthyány, der Leiter des Viktor-Frankl-Instituts in Wien, die Passage aus einer 2017 von Timothy Pytell veröffentlichten Arbeit zukommen ließ, in der mir die Aussage „Frankl didn't sabotage any euthanasia“ zugeschrieben wurde. Eine solche Aussage habe ich nie getätigt, und sie widerspricht all meinen Publikationen zu Widerstand und NS-Euthanasie, in denen ich die Bemühungen Frankls um Rettung jüdischer PatientInnen vor der Euthanasie erwähnt habe (u. a. *Der österreichische Widerstand*, Wien 2015, S. 214 ff.). Mag sein, dass Timothy Pytell meine Anmerkung, dass die von Frankl und Löw vor der Euthanasie Geretteten wahrscheinlich später der Shoah zum Opfer fielen, missverstanden hat. Pytell führte 1997 mit mir kein Interview (mit strukturierten Fragen und nachheriger Autorisierung), sondern fragte mich in diesem kurzen Gespräch vor allem intensiv nach den Gehirnoperationen Frankls im jüdischen Spital, wozu ich mangels medizinischer Kenntnisse nichts sagen konnte. Schon damals erkannte ich (und habe das bis heute in deutlicher Erinnerung), dass Timothy Pytell von einer geradezu fanatischen Ablehnung Viktor Frankls geleitet wurde.

In der Folge hatte ich Gelegenheit, Alexander Batthyánys kritische Arbeiten zu Timothy Pytells Frankl-Publikationen zu lesen. Eine solche Anhäufung von Manipulationen und Sachfehlern sowie Ignoranz gegenüber der wissenschaftlichen Literatur und den relevanten Archivbeständen wie in Pytells Publikationen ist mir noch selten untergekommen. Besonders

negativ fiel mir Pytells krampfhaftes Bemühen auf, den Juden, Antinazi und Holocaustüberlebenden Viktor Frankl in die Nähe des Nationalsozialismus zu rücken. Alexander Batthyány ist zu danken, dass er sich der Mühe unterzogen hat, sich mit Timothy Pytells Arbeiten detailliert auseinanderzusetzen und jeden einzelnen Vorwurf gegen Viktor Frankl zu widerlegen. Er kommt zu dem Ergebnis, dass diese Publikationen vor allem dazu dienen, eine schon von vornherein bestehende Ablehnung (wörtlich: „Verachtung“) der Person und des Werkes von Viktor Frankl durch Unterstellungen, konstruierte „Fakten“ und Fehlinterpretationen, verstärkt durch mangelnde Kenntnis der deutschen Sprache, zu untermauern. Batthyány weist darauf hin, dass Pytell weite Teile seiner Dissertation während eines längeren Studienaufenthalts in Wien verfasst hat – in einer Zeit, als Viktor Frankl noch lebte und für Anfragen und Interviews zur Verfügung gestanden wäre –, aber von dieser Gelegenheit nicht Gebrauch gemacht und auch das umfangreiche Viktor-Frankl-Archiv nicht konsultiert hat. Pytells Narrativ des Lebens und Wirkens Frankls während der Vorkriegs- und Kriegsjahre basiert ausschließlich auf öffentlich verfügbaren (und, mangels Deutschkenntnis, nur aus dem bereits ins Englische übersetzten) Material und vor allem auf seinen persönlichen Interpretationen dieses Materials (und einer im Nachwort seines Buchs einbekannten ausgeprägten Antipathie gegen Frankl und die Logotherapie). Batthyány weist nach, dass sämtliche Publikationen Pytells zu Frankl mit der 1997 eingereichten Dissertation weitgehend wortgleich sind und sein „Werk“ ohne nennenswerte

Nachbesserungen oder gar neue Quellenachweise seit über 20 Jahren nahezu unverändert vorliegt. Batthyány geht auch auf den schweren Vorwurf Pytells gegen Frankl ein, dass dieser als Leiter der Neurologischen Abteilung des jüdischen Spitals durch Notoperationen versucht hat, jüdischen Selbstmördern das Leben zu retten. Diese selbstverständliche ärztliche Verpflichtung wird von Pytell umgedeutet in „experimentelle Forschungen an jüdischen Selbstmordpatienten“ im Dienst des Nationalsozialismus. „Frankl war also bereit“, stellt er apodiktisch, aber ohne jeden Beleg fest, „mit dem Nazi-Regime zusammenzuarbeiten, [... denn] er brach den Widerstand (in Form von Selbstmord) gegen die Nationalsozialisten“. Den gleichen absurden Vorwurf erhebt Pytell in Bezug auf Frankls spätere psychotherapeutische Arbeit bei selbstmordgefährdeten Häftlingen des NS-ZwangsgheTTos Theresienstadt. Nur am Rande sei erwähnt, dass Pytells Arbeit von dem US-Holocaustleugner Theodore O’Keefe zu einem gehässigen Angriff auf Frankl in den „revisionistischen“ *Vierteljahresheften für freie Geschichtsforschung* ausgeschlachtet wurde. Man kann vielleicht diskutieren, ob Publikationen von solcher Qualität wie Timothy Pytells Anti-Frankl-Arbeiten überhaupt einer solchen umfassenden Widerlegung bedürfen. Ich bin fest überzeugt, dass die Arbeit Alexander Batthyánys notwendig war und ist, denn unvoreingenommene LeserInnen, die keine NS-ForscherInnen sind, können ja die Fragwürdigkeit der einzelnen Aussagen Pytells – zumindest auf den ersten Blick – nicht erkennen. Ein typisches Beispiel sei hervorgehoben, zumal sich Pytell hier auf DÖW-Materia-

lien stützt. Er stellt einen Zusammenhang zwischen Frankl und dem langjährigen Direktor der Wiener Heil- und Pflegeanstalt „Am Steinhof“ Dr. Alfred Mautzka her, indem er Frankls Tätigkeit im „Selbstmörderinnenpavillon“ (Pavillon 3) der Anstalt in den Jahren 1933 bis 1937 in eine Beziehung zu dem „Nazi“ Mautzka setzt, der angeblich 1940 „Parteiangehöriger“ der NSDAP geworden sei. Letzteres ist schlicht und einfach falsch. Offenkundig hat Pytell das diesbezüglich zitierte Dokument im DÖW („Mautzka’s Nazi Party file no. 002208184, Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes“) entweder sprachlich nicht verstanden oder bewusst manipuliert. Es handelt sich dabei um eine Kopie der Karteikarte der Reichsärztekammer für Alfred Mautzka, die das DÖW vom US Berlin Document Center (BDC) im September 1987 erhielt. Mit Datum 15. April 1940 wird darin Mautzka als „Anwärter“ des NSD-Ärztbundes ausgewiesen, aber nicht als Mitglied oder Anwärter der NSDAP. In keinem Dokument aus der NS-Zeit wird Mautzka als „Parteiangehöriger“ oder „Pg.“ apostrophiert, was in der Regel bei einer NSDAP-Mitgliedschaft oder -Anwartschaft eines Beamten angeführt wurde. Weder in den Beständen des ehemaligen BDC noch in jenen des ehemaligen Stasi-Archivs im Bundesarchiv Berlin gibt es Unterlagen, die eine NSDAP-Mitgliedschaft Mautzkas belegen. Aus weiteren, von Pytell nicht verwendeten Dokumenten geht hervor, dass Mautzka keineswegs vom NS-Regime geschätzt wurde. So wurde in einer „politischen Beurteilung“ der NSDAP Gauleitung Wien vom 4. März 1941 Mautzka ein vernichtendes Zeugnis ausgestellt und



**Viktor Frankl (Mitte)
mit anderen Ärzten und
Ärztinnen im Rothschild-Spital**

**2. v. links: Margarethe
Hilferding, eine der ersten
Ärztinnen Wiens; sie wurde
im Juni 1942 in das Ghetto
Theresienstadt deportiert
und im September 1942 im
Vernichtungslager Treblinka
ermordet. | Foto: DÖW**

seine Absetzung als Direktor der Anstalt gefordert. Seine Beförderung zum Ärztlichen Direktor wurde am 10. Mai 1941 von der Stadt Wien abgelehnt, weil er nicht „die volle Gewähr dafür bietet, jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat“ einzutreten. Die von Timothy Pytell versuchte Qualifizierung des langjährigen Anstaltsleiters von „Steinhof“ Alfred Mauczka als NSDAP-Mitglied bzw. -Anwärter entbehrt jeder faktischen Grundlage und dient offenbar nur der Intention, auf diese weit hergeholte, geradezu absurde Weise Viktor Frankl in die Nähe des Nationalsozialismus zu rücken.

Viktor Frankl als ein international renommierter Wissenschaftler und Begründer einer eigenen Schule der Psychotherapie, der sich in einem dramatisch verlaufenen Leben gegen Antisemitismus, Diskriminierung und NS-Verfolgung behaupten konnte, hat es verdient, dass sein Ruf gegen Herabsetzungen und Anfeindungen unter dem Deckmantel der Wissenschaft verteidigt wird. Alexander Batthyány ist dies in überzeugender Weise gelungen.

Literatur:

Batthyány, Alexander: *Mythos Frankl? Zur Entwicklung und Geschichte der*

Logotherapie und Existenzanalyse 1925–1945. Antwort auf Timothy Pytell. Wien: LIT Verlag 2020. 240 S.

Batthyány, Alexander: *Viktor Frankl and the Shoah. Advancing the Debate*. New York: Springer 2021. 127 p.

Pytell, Timothy: *Viktor Frankl – Ende eines Mythos?* Innsbruck: Studienverlag 2005. 212 S.

Pytell, Timothy: *Viktor Frankl's Search for Meaning. An Emblematic 20th-Century Life*. New York–Oxford: Bergahn Books 2020. 216 p.

REZENSIONEN

Pető, Andrea: Das Unsagbare erzählen. Sexuelle Gewalt in Ungarn im Zweiten Weltkrieg. Aus d. Ungar. übersetzt v. Krisztina Kovacs. Göttingen: Wallstein-Verlag 2021. 240 S.

Die vor unseren Augen stattfindenden Kriege, deren nicht zu leugnende Zeugen wir – durch Medien bestens informiert – wurden, haben die Massengewalt von Frauen und von Männern als ein verbreitetes Kampfmittel sichtbar gemacht. Ob im Kongo, auf dem Balkan oder im mittleren Osten, zeigte sich, dass Kriege immer mit sexuellen Gewalttaten einhergehen; überraschend ist, dass sich die Erforschung dieses dunklen Bereiches der Zeitgeschichte in den Darstellungen des Zweiten Weltkriegs sehr schwertat. Nicht mehr zu bestreiten ist, dass es auch in dieser Hinsicht keine „saubere Wehrmacht“ gab. Wenn Vergewaltigungen als Kriegs- und Kampfmittel akzeptiert worden sind, gilt dies für alle Armeen und Bürgerkriegsparteien, die sich in beiden Weltkriegen nicht an das Kriegsrecht und an Prinzipien eines zivilisierten Umgangs hielten. Es ist ein Verdienst der Genderforschung, dass ein weiteres Tabu der Militärgeschichte gebrochen wurde. In der Nachkriegszeit wurden amerikanische, französische, vor allem russische Kampfverbände beschuldigt und belastet, Vergewaltigungen verübt zu haben. In der vorliegenden Arbeit werden diese Fakten nicht nur beschrieben, sondern analysiert. Dies ist umso schwieriger, als sich Pető weitgehend auf das Hörensagen verlassen musste.

Die grundlegende Pionierarbeit der in Wien tätigen Historikerin Andrea Pető beleuchtet gleichsam das „Unsagbare“ auf

methodisch vorbildliche Weise. Selten findet sich eine Studie, die methodische Reflexion derart umsichtig mit inhaltlicher Analyse und ständiger Selbstvergewisserung eigener Urteilsbildung verbindet. Allen, die Vorbehalte gegen die *Gender Studies* betonen und auf diese Weise Geschichtspolitik betreiben, sei diese Arbeit deshalb empfohlen. Denn nicht sicher ist, was eher den Blick auf die Kriegswirklichkeit verstellte: War es der „Mangel an Quellen“ oder der „Wandel der Interpretationsrahmen“? Pető skizziert zunächst die Geschichte der Geschichtsschreibung der „Kriegsvergewaltigung“ und schafft so einen Referenzrahmen, der neue Fragestellungen und weiterführende Interpretation ermöglicht. Sie beleuchtet dann typologisierend Ursachen und Formen der kriegerisch-instrumentalisierten Vergewaltigungen, lenkt in der Folge den Blick auf Erinnerung und Gedenken, auf Schweigen und Verschweigen und macht so gerade das Nachdenken und Sprechen über dieses Kriegsverbrechen möglich. Sie nutzt dabei auch Ansätze der internationalen Gewalt- und Genderforschung.

Im Krieg verübte sexuelle Gewalt versteht die amerikanische Sozialwissenschaftlerin Sharon Marcus als eine spezifische Form überwältigender Sprache, die „Ausgeliefertsein“ und „Demütigung des Opfers“ mit der Macht und der Überlegenheit des Täters konfrontiert. Pető untersucht diese Beziehung exemplarisch an den Übergriffen beim Einmarsch der Roten Armee, beschränkt sich dabei aber nicht auf die Schilderung, sondern analysiert sie als Zusammenbruch eines Rechtssystems, das diese Verbrechen unbestraft ließ. Sie deutet sexuelle Gewalt als einen „organischen Teil des Militarismus“ und zugleich als

Bestandteil eines Mythos, der gleichsam in der Mischung aus Scham und Interesselosigkeit versinkt.

Mit dem Selbstbild betroffener Armeen lässt sich die Vergewaltigung Wehr- und Hilfloser nicht in Einklang bringen. So hielt die Wehrmacht „lange an dem Mythos fest, dass Wehrmatsangehörige keine Gräueltaten, keine Vergewaltigungen verübten, dass sie keine Bordelle betrieben und mit ‚fremdvölkischen‘ Frauen keinen sexuellen Kontakt hatten. Die Rote Armee befreite dem eigenen Mythos zufolge die Länder vom Faschismus, brachte Egalität und verteilte Brot.“ Eine Erklärung sieht Pető in Veränderungen der Realität des Krieges durch die militärische Besatzung. Deshalb nimmt sie „Kriegsvergewaltigung“ als eine „Form der Kontrolle, der Unterdrückung, der Marginalisierung und des Herrschens“ wahr und plädiert für die Überwindung nationalspezifischer kultureller Deutungen. Sie bereitet so den Boden für eine historische Betrachtung, die eine auf das angebliche „Opfertum bauende, ethnisierte, intentionalistische Erinnerungspolitik“ überwinden will. Pető kann den Raum schaffen, in dem das „persönliche Verschweigen“ viel später korrigiert wird, weil sie die „Kriegsvergewaltigungen“ zugleich nicht mehr in einem nationalgeschichtlichen Rahmen thematisiert. Entscheidend bleibt, ob die „Stille“, die sich über die Vergehen ausbreitet, durch ein Rechtssystem gefestigt wird.

Andrea Pető hat eine bahnbrechende zeithistorische Untersuchung „militarisierter Alltagskultur“ vorgelegt. Ihr gelingt es auf eine geradezu beklemmende Weise, undifferenzierte Klischees aufzubrechen, zugleich Opfer und Täter in den Blick zu nehmen und einen wichtigen Beitrag zu

dem Versuch zu leisten, die heute vielfach thematisierte „sexualisierte Kriegsgewalt“ ohne alle Sensationshascherei pragmatisch zu analysieren. Opfer wie Täter müssen mit den Verletzungen, den Erfahrungen und den Schuldgefühlen weiterleben. Wenn es aber zu keiner Veränderung der Wahrnehmungen der Täter kommt und die Opfer ihre Erfahrungen nicht artikulieren können, wenn die Täter sogar machtpolitische Argumente als Rechtfertigung ihrer Verbrechen reklamieren und ihr Fehlverhalten als Folge des politisch-moralischen Versagens der Besiegten abtun, um sich so gleichsam als schuld- und verantwortungsfrei zu rechtfertigen, wird es niemals gelingen, sexualisierte Kriegsgewalt zu zivilisieren. So ist diese Spezialstudie über Beziehungen zwischen Rotarmisten und der ungarischen Bevölkerung eine zivilisatorische Herausforderung für ein kollektives Gedächtnis, das sich gerade angesichts dieser Kollektivverbrechen zu trüben sucht. Sehr dringend bleibt es, ähnlich umsichtig die sexualisierte Gewalt der Deutschen Wehrmacht zu erforschen.

Peter Steinbach

Evans, Richard J.: Das Dritte Reich und seine Verschwörungstheorien. Wer sie in die Welt gesetzt hat und wem sie nutzen. München: Deutsche Verlags Anstalt 2021. 367 S.

Wer wie Himmler glaubte, die Welt sei eine Kugel, musste auch davon überzeugt sein, dass die Menschheit in einer Hohlwelt lebt. Wer derartigen Unsinn glaubte und sogar einen Lehrstuhl für Hohlweltforschung stiften wollte, konnte auch die Juden für „unser Unglück“ halten, an die jüdische Weltverschwörung und die *Protokolle der Weisen von Zion* glauben. Verschwörungstheorien können sich an Ereignissen oder auch an Ideologien entzünden. Sie vermengen Argumente und Vorurteile, kapseln sich gegen Kritik ab und werden zu Verschwörungsideologien, weil sie die eigene Position für die einzig begründbare Wahrheit halten. Von Theorien zu sprechen, würde Wahnvorstellungen zu viel Ehre erweisen. Aber Verschwörungsvorstellungen sind auch mehr als eine Spinnerei, weil sie eine schier unglaubliche Gewalt entfachen können, die sich gegen angebliche Feinde der Wahrheit, der Überzeugung, der Menschheit richtet, und im Massenwahn und in Massen- und Makroverbrechen enden können.

Evans' Darstellung ist deshalb weniger erheiternd als beklemmend. Denn die Nationalsozialisten leiteten ihre destruktive

Energie aus Fehldeutungen ab, von denen sie behaupteten, diese seien evident. Manche Verschwörungstheoretiker lehnen wissenschaftliche Erkenntnisse ab; die Nationalsozialisten begründeten hingegen Pseudowissenschaften und errichteten Lehrstühle für Rassenkunde. Sie hielten sich für Besizende der Wahrheit und begründeten so eine spezifische Moral, die ihnen als Tätern geradezu ein gutes Gewissen machte. Verschwörungstheorien relativieren immer Moral, schalten das Gewissen aus und prädestinieren durch ihre Welterklärungen ihre Zeitgenossen, die Wirklichkeit in bloße Meinung aufzulösen. Dies identifizierte Hannah Arendt als eine der Ursachen totalitärer Welterklärung. Willig folgten Men-

schen politischen Wahnvorstellungen, die ihnen eingeredet werden, und errichten ein hermetisches Gedankengebäude, das geradezu exemplarisch die Voraussetzungen und Funktionen von Verschwörungstheorien deutlich macht – bis heute.

Evans hat also ein höchst aktuelles Buch geschrieben, das die Befähigung der LeserInnen zum Transfer voraussetzt und sie wappnen sollte, gegenwärtigem Verschwörungsdanken entgegenzutreten. Er konzentriert sich auf antisemitische Wahnvorstellungen, auf die Erklärung der Niederlage des deutschen Heeres und die Dolchstoßlegende, weiterhin auf den Reichstagsbrand von 1933 und den Englandflug von Rudolf Heß von 1941, schließlich auf die Phan-

Herbert-Steiner-Preis 2021

Preisverleihung im DÖW, 20. Jänner 2022

Seit 2004 verleihen das DÖW und die International Conference of Labour and Social History (ITH) den Herbert-Steiner-Preis für herausragende wissenschaftliche Arbeiten über Widerstand, Verfolgung, Exil in der Zeit des Faschismus und Nationalsozialismus und über die Geschichte der Arbeiterbewegung. Der Preis ist nach dem Mitbegründer und langjährigen Leiter des DÖW und der ITH – dem 2001 verstorbenen Herbert Steiner – benannt.

2021 hat die Jury folgende Arbeiten ausgewählt:

Elisabeth Luif: „... daß die Arbeiterschaft unmittelbar als erster Waggon hinter der Lokomotive rangiert.“ **Integrationsstrategien im Austrofaschismus am Beispiel der „Sozialen Arbeitsgemeinschaft“**

Douglas Carlton McKnight: **Persecution and Resistance: The Carinthian Slovenes and Memories of the Second World War**

Laudatores:

Ingrid Bauer (für Douglas Carlton McKnight)
Peter Huemer (für Elisabeth Luif)

Begrüßung: Gerhard Baumgartner, wissenschaftlicher Leiter des DÖW

Moderation: Christine Schindler, Schriftführerin des Herbert-Steiner-Preises

Anschließend Brot und Wein

Die aufgrund der Corona-Pandemie gültigen behördlichen Vorgaben werden vor der Veranstaltung übermittelt.

Zeit:

Donnerstag, 20. Jänner 2022, 18.00 Uhr

Ort:

Ausstellung Dokumentationsarchiv, Altes Rathaus, Wipplingerstraße 68, 1010 Wien (Eingang im Hof)

Anmeldung erforderlich: office@doew.at

tasievorstellungen über das Überleben Hitlers und seine angebliche Flucht. Diese Themen zeigen, dass es Evans nicht vorrangig um die nationalsozialistischen Verschwörungstheorien geht, nicht um die nationalsozialistischen Gerüchte, die Konstruktionen von Lügengebäuden, die dazu dienen, den Eindruck zu erwecken, die NS-Regierung würde nur reagieren. So war der erste gegen Juden gerichtete April-Boykott 1933 angeblich eine Reaktion auf antideutsche Boykottaufrufe, so wurde angeblich 4.45 Uhr am 1. September 1939 „zurückgeschossen“, so rechtfertigte man den Völkermord an den Juden und Jüdinnen als Folge einer Kriegserklärung des Weltjudentums. Dies alles hat weniger mit Verschwörungen als mit politischer Rechtfertigungspropaganda zu tun, die das politische Urteilsvermögen zerstört; an die Stelle der Wahrheit wird die politische Lüge gesetzt. Auch die Beschwörung

einer „Volksgemeinschaft“ begründete eine Lüge und Verzerrung der Wirklichkeit. Denn dieses Konzept zielte nicht auf Gemeinschaft, sondern auf den Ausschluss angeblicher „Rassenfeinde“, die diese Gemeinschaft angeblich zu zersetzen trachteten, aus dem gesellschaftlichen Leben. Evans fasst viel Bekanntes zusammen, vor allem, wenn er die politische Geschichte skizziert, und nicht selten bleibt er an der Oberfläche und zitiert aus zweiter Hand. Besonders wichtig ist seine Darstellung aber, weil er die nachwirkenden Ideologien akribisch untersucht, die das rechts-extremistische Denken bis in die Gegenwart prägen und so an das nationalsozialistische Denken anknüpfen. So wird das Buch zu einem Lehrstück über Verschwörungsvorstellungen schlechthin. Wenn Evans aber in diesem Zusammenhang auch den Widerstand behandelt, so vernachlässigt er, dass man nicht von

Verschwörern, sondern von Konspirateuren sprechen sollte, die Welten entfernt waren von den Schwurbeleben damaliger oder heutiger Verschwörungsideologen. Regimegegner verschworen sich, nicht um Gedankengebäude zu errichten oder Ideologien zu stärken, sondern um den NS-Staat, um die Diktatur zu beseitigen. Das konnte nur geschehen, wenn man das Regime als Machtgefüge analysierte und zugleich den weltanschaulichen Führungsanspruch der Machthaber zurückwies. Hilfreich ist der Versuch über Verschwörungsideologien der Nationalsozialisten (selbst ein Begriff wie das „Dritte Reich“ ist verschwörungstheoretisch kontaminiert), weil Evans die zeitgeschichtliche Forschung nutzt, um historische Fehleinschätzungen und Falschbehauptungen minutiös zu korrigieren.

Das gilt auch für Themen, die er nicht behandelt: So gilt der Attentäter Elser seit den 1970er-Jahren nicht mehr als Werkzeug des britischen Geheimdienstes oder der SS, dies je nach Belieben. Auch der Zusammenbruch des Mittelabschnitts der Ostfront im Sommer 1944 ist keine Folge militärischen Verrats. Verschwörungstheorien leitet Evans aus den Versuchen ab, den Lauf der Geschichte seit der Französischen Revolution als Ergebnis dunkler Mächte zu erklären. Mit der kritischen Geschichtswissenschaft aber erwächst ein Mittel gegen die Verdunkelung der Vergangenheit und auch der Gegenwart. Mögen Verschwörungen also eine dunkle Seite menschlichen Denkens markieren, so verkörpert die Geschichtswissenschaft – Jürgen Kocka hat vor Jahren daran erinnert – Kräfte der Aufklärung, also des unvollendeten „Aufbruchs aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit“.

Peter Steinbach

The Vienna Gestapo 1938–1945

Mit ihrer Publikation *Gestapo-Leitstelle Wien 1938–1945* haben Elisabeth Boeckl-Klamper, Thomas Mang und Wolfgang Neugebauer 2018 (Edition Steinbauer) eine umfassende wissenschaftliche Studie über Aufbau, Strukturen und Täter der Gestapo-Leitstelle Wien ebenso wie über die von der Gestapo verfolgten Opfergruppen und einzelnen Widerstandsorganisationen vorgelegt (Rezension in den *Mitteilungen* 243/Dezember 2019, S. 8).

Im Jänner 2022 erscheint das Buch in englischer Übersetzung und wird auch als eBook erhältlich sein: *The Vienna Gestapo 1938–1945. Crimes, Perpetrators, Victims*.

Weitere Informationen:

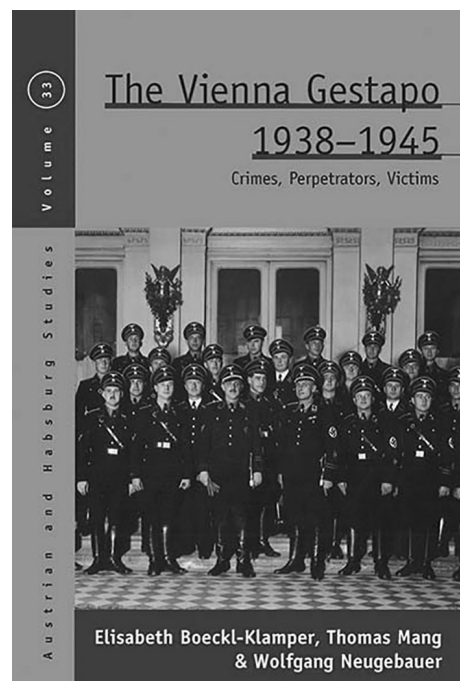
<https://www.berghahnbooks.com/title/Boeckl-KlamperVienna>

**The Vienna Gestapo 1938–1945
Crimes, Perpetrators, Victims**

**Elisabeth Boeckl-Klamper
Thomas Mang
Wolfgang Neugebauer**

Translated by John Nicholson and
Nick Somers

New York–Oxford: Berghahn
Books 2022
490 pages, 20 illus., bibliog., index
ISBN 978-1-80073-259-9
\$149.00/£115.00
eISBN 978-1-80073-260-5 eBook



An der Herstellung dieser Nummer wirkten mit:
Heinz Fischer, Wolfgang Neugebauer, Hans Rauscher,
Wolfgang Schellenbacher, Peter Steinbach.

Impressum: Verleger, Herausgeber und Hersteller: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wipplingerstraße 8 (Altes Rathaus), 1010 Wien; Redaktion ebenda (Christa Mehany-Mittertutzner, Tel. 22 89 469/322, E-Mail: christa.mehany@doew.at; Sekretariat, Tel.: 22 89 469/319, E-Mail: office@doew.at; web: <https://www.doew.at>).

Diese Zeitung ist eine von
1.800 aus dem Leseprogramm von

**APA-DeFacto GmbH
MEDIENBEOBACHTUNG**

1060 WIEN, LAIMGRUBENGASSE 10
TEL.: 01/360 60 - 5123
E-MAIL: defacto@apa.at
INTERNET: <http://www.apa-defacto.at>

Ich bestelle folgende Publikationen:

Kombiangebot

Gedenken und Mahnen in Wien, Gedenkstätten zu Widerstand und Verfolgung, Exil, Befreiung. Eine Dokumentation, hrsg. v. DÖW, Wien 1998

Gedenken und Mahnen in Wien. Ergänzungen I, Wien 2001. Euro 13,- (statt Euro 15,-) ... Stück

Institut Theresienstädter Initiative / DÖW (Hrsg.) **Theresienstädter Gedenkbuch**. Österreichische Jüdinnen und Juden in Theresienstadt 1942–1945, Prag 2005, 702 S., Euro 29,- ... Stück

Herbert Exenberger / Heinz Riedel, **Militärschießplatz Kagran**, Wien 2003, 112 S., Euro 5,- ... Stück

DÖW, **Katalog zur permanenten Ausstellung**. Wien 2006, 207 S., 160 Abb., Euro 24,50 ... Stück

DÖW, **Catalog to the Permanent Exhibition**, Wien 2006, 95 S., über 100 Abb., Euro 14,50 ... Stück

Forschungen zum Nationalsozialismus und dessen Nachwirkungen in Österreich. Festschrift für Brigitte Bailer, hrsg. vom DÖW, Wien 2012, 420 S., Euro 19,50 ... Stück

Barry McLoughlin / Josef Vogl, „... **Ein Paragraph wird sich finden**“. **Gedenkbuch der österreichischen Stalin-Opfer (bis 1945)**, hrsg. v. DÖW, Wien 2013, 622 S., Euro 24,50 ... Stück

Florian Freund, **Die Toten von Ebensee**. Analyse und Dokumentation der im KZ Ebensee umgekommenen Häftlinge 1943–1945, Braintrust, Verlag für Weiterbildung 2010, 444 S., Euro 29,- ... Stück

Wolfgang Neugebauer, **The Austrian Resistance 1938–1945**, Edition Steinbauer 2014, 336 S., Euro 22,50 ... Stück

Wolfgang Neugebauer, **Der österreichische Widerstand 1938–1945**, überarb. u. erw. Fassung, Edition Steinbauer 2015, 351 S., Euro 22,50 ... Stück

Rudolf Agstner / Gertrude Enderle-Burcel / Michaela Follner, **Österreichs Spitzendiplomaten zwischen Kaiser und Kreisky**. Biographisches Handbuch der Diplomaten des Höheren Auswärtigen Dienstes 1918 bis 1959, Wien 2009, 630 S., Euro 29,90 ... Stück

Fanatiker, Pflichterfüller, Widerständige. Reichsgaue Niederdonau, Groß-Wien, Jahrbuch 2016, hrsg. v. DÖW, Wien 2016, 412 S., Euro 19,50 ... Stück

80 Jahre Internationale Brigaden. Neue Forschungen über österreichische Freiwillige im Spanischen Bürgerkrieg, hrsg. v. DÖW u. Vereinigung österreichischer Freiwilliger in der Spanischen Republik 1936–1939 und der Freunde des demokratischen Spanien, Wien 2016, 157 S., Euro 12,50 ... Stück

Wieder erhältlich

Jakob Rosenberg / Georg Spitaler, **Grün-weiß unterm Hakenkreuz**. Der Sportklub Rapid im Nationalsozialismus, hrsg. v. SK Rapid und DÖW, Wien 2011, 303 S., Euro 18,99

... Stück

„**Vor unserem Herrgott gibt es kein unwertes Leben**“. Die Predigt von Diözesanbischof Michael Memelauer bei der Silvesterandacht am 31. Dezember 1941 im Dom zu St. Pölten, hrsg. v. DÖW u. Diözesanarchiv St. Pölten, St. Pölten 2017, 42 S., Euro 5,-

... Stück

Zeithistoriker – Archivar – Aufklärer. Festschrift für Winfried R. Garscha, hrsg. v. Claudia Kuretsidis-Haider u. Christine Schindler im Auftrag des DÖW u. der Forschungsstelle Nachkriegsjustiz, Wien 2017, 500 S., Euro 19,50

... Stück

Claudia Kuretsidis-Haider, **Österreichische Pensionen für jüdische Vertriebene**. Die Rechtsanwaltskanzlei Ebner: Akteure – Netzwerke – Akten, hrsg. v. DÖW, Wien 2017, 319 S., Euro 19,50

... Stück

Forschungen zu Vertreibung und Holocaust, Jahrbuch 2018, hrsg. v. DÖW, Wien 2018, 382 S., Euro 19,50

... Stück

Herwig Czech / Wolfgang Neugebauer / Peter Schwarz, **Der Krieg gegen die „Minderwertigen“**. Zur Geschichte der NS-Medizin in Wien / **The War against the „Inferior.“** On the History of Nazi Medicine in Vienna. Katalog zur Ausstellung in der Gedenkstätte Steinhof im Otto-Wagner-Spital der Stadt Wien, hrsg. v. DÖW, Wien 2018, 243 S., Euro 25,-

... Stück

Claudia Kuretsidis-Haider / Rudolf Leo, **„dachaureif“**. Der Österreichertransport aus Wien in das KZ Dachau am 1. April 1938. Biografische Skizzen der Opfer, hrsg. v. DÖW u. Zentraler österreichischer Forschungsstelle Nachkriegsjustiz, Wien 2019, 344 S., zahlr. Abb., Euro 25,-

... Stück

Widerstand und Verfolgung in der Steiermark. ArbeiterInnenbewegung und PartisanInnen 1938–1945. Mit einer Einführung v. Heimo Halbrainer, hrsg. v. DÖW, CLIO 2019, 760 S., 150 Abb., Euro 25,-

... Stück

Nisko 1939. Die Schicksale der Juden aus Wien, Jahrbuch 2020, hrsg. v. Christine Schindler im Auftrag des DÖW, Wien 2020, 447 S., Euro 19,50

... Stück

Verfolgung und Ahndung, Jahrbuch 2021, hrsg. v. Christine Schindler im Auftrag des DÖW, Wien 2021, 358 S., Euro 19,50

... Stück

Name:

Adresse:

Unterschrift:

Telefonische Bestellungen bitte unter 22 89 469/319.

Österreichische Post AG/

Sponsoring.Post

Zulassungs-Nr.

02Z031276 S

Verlagspostamt

1010 Wien